

Die BISS und ihre Enttäuschung vor der Wahl

Politik reagiert aus Sicht der Stadtentwicklungs-Initiative falsch, ausweichend oder gar nicht

Springe (ric). Keine Antwort ist manchmal bekanntlich auch eine Antwort. Die Bürgerinitiative BISS, die sich „gegen Zersiedlung und für eine nachhaltige Stadtentwicklung“ einsetzt, zeigt sich enttäuscht von der Resonanz der Politik auf eine von ihr durchgeführte Meinungsabfrage.

„Das wirft ein deutliches Bild auf unsere Entscheidungsträger“, sagt Hans-Jürgen Brandt, der zusammen mit Rudolf Rantzau das Sprecherteam von BISS bildet, seitdem Uwe Lampe sich zurückzog. Angefragt hatte die Gruppe bereits vor einiger Zeit bei SPD, CDU, Grünen, FDP, Linken, den vier Bür-

germeisterkandidaten und direkt bei der Stadtverwaltung. Einzig Bürgermeister Jörg-Roger Hische (parteilos) sowie Elke Thielmann-Dittert (Grüne) und ihr Parteivorsitzender Thomas Hüper-Maus hatten ausführlich Stellung bezogen und im vorgegebenen Zeitraum von mehr als sechs Wochen umfangreich geantwortet.

CDU-Chefin Anette Henkels hatte auf das Wahlprogramm verwiesen – aus Sicht der BISS blieben die Christdemokraten damit Antworten schuldig. Deren Kandidat Friedrich Woltmann habe nicht reagiert, ebenso wie die SPD, deren Bürgermeisterbewerberin Silvia Jünke das An-

gebot zur Stellungnahme ablehnte. Die FDP habe sich nicht gerührt. Die Linke, momentan nicht im Rat vertreten, habe immerhin versprochen, in Zukunft in die Diskussion mit einzusteigen. Aus „Gründen der Neutralität“ hatte Hermann Aden als erster Stadtrat denn auch von einer Stellungnahme für die Verwaltung abgesehen.

Und so blieb die BISS auf wenig Verwertbarem sitzen. Brandt räumte zwar ein, mit 21 Fragen wohl einen zu großen Umfang angesetzt zu haben, sagte aber gleichwohl, die „Nicht-Reaktion“ der meisten gebe kein gutes Bild in der Öffentlichkeit ab.

Überzeugt hätten letztlich

die Grünen, vor allem wohl, weil sich deren Ansichten mit denen der Gruppe decken: „Sie beziehen Position, auch wenn sie sich damit angreifbar machen.“ Schließlich wolle nicht jeder gerne wahrhaben, dass bei schrumpfenden Bevölkerungszahlen nicht in allen Ortsteilen ein breites Infrastrukturangebot an öffentlichen Einrichtungen aufrechterhalten werden könne. Die Grünen teilen eindeutig mit: Der Deisterkessel sei Naherholungsgebiet und dürfe nicht weiter bebaut werden. Und das war es letztlich, was die BISS hören wollte.

► Mehr Informationen zur Befragung und den Antworten unter www.biss-springe.de.